

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verleger: Rudolf Dreyer, Dresden, Brühl 21. 1926
Verlag: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Verlag: Rudolf Dreyer, Dresden, Brühl 21. 1926
Postfach-Nr. 21 Dresden

Zugabe: Zeitung für das sächsische Dresden und seine Bezirke.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher, Hirsch, Bühlau, Kochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpörsch, Horkwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsgesellschaft Hermann Dreyer & Co., Dresden-Neustadt. — Verantwortlich für Inhalt: Carl Dreyer, für den Verlag: Josef Eugen Berner, beide in Dresden.

Abteilung: Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

Nr. 21

Dienstag, den 26. Januar

1926

Admiral v. Trotha gegen Dittmann

Die Regierungserklärung

wird in der heutigen Reichstags-Sitzung nachmittags 2 Uhr vom Reichskanzler Dr. Luther abgegeben werden. Im Anschluss daran werden die Fraktionen zusammenzutreten, um sich über die Frage des Billigungsvotums schlüssig zu werden. Am Mittwoch wird dann die politische Aussprache beginnen, für die drei Tage in Aussicht genommen sind. Man rechnet damit, daß am Freitag die Abstimmung erfolgen kann.

Wer stimmt gegen die Regierung?

Bisher sind Mißtrauensvoten von der völkischen und der kommunistischen Fraktion angekündigt worden. Die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten, sowie die Wirtschaftliche Vereinigung machen ihre Stellungnahme von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig.

Der Fall Gessler erledigt

Die heute beginnenden parlamentarischen Auseinandersetzungen haben bereits ihre Schatten vorausgeworfen, denn die Kämpfe im Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Marinemunterei und die bedeutenden öffentlichen Reden verschiedener politischer Persönlichkeiten bilden tatsächlich den

Ausgangspunkt zu der Reichstagsdebatte, die aller Voraussicht nach sehr scharfe Formen annehmen wird. Am Sonntag hat Reichswehrminister Dr. Gessler vor dem demokratischen Parteiausschuß gesprochen. Sein Erscheinen auf dieser Tagung war für die Teilnehmer völlig überraschend, und so kam es, daß in demselben Augenblick, wo sich der linke Flügel anschaute, an der Politik Gesslers scharfste Kritik zu üben, eine plötzliche Wendung zugunsten Gesslers eintrat. Der Minister hat sich mit seinen Gegnern sehr geschickt auseinandergesetzt, indem er zu den verchiedenen politischen Fragen Stellung nahm und ohne weiteres die Mehrheit der Tagungsteilnehmer für sich gewann. Allgemein besteht in parlamentarischen Kreisen der Eindruck, daß die politische Position Gesslers in der demokratischen Partei eine erhebliche Festigung erfahren hat, so daß die Sozialdemokratie, die in den letzten Tagen besonders scharfe Angriffe gegen ihn gerichtet hat, nunmehr keinen Rückhalt bei den Mittelparteien erwarten darf. Der Fall Gessler, dessen Aufrollung man angekündigt hatte, wird demnach ohne weiteres im Sande verlaufen.

Reinhold will durchgreifen

Wie verlautet, ist der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold entschlossen, die Reichsfinanzpolitik einer gründlichen Revision zu unterziehen, und im Hinblick auf die Bedürfnisse der Wirtschaft eine Vereinfachung und Erleichterung des ganzen Steuerverfahrens durchzuführen. Er hat bereits mit den führenden Wirtschaftskreisen Fühlung genommen und es heißt, er werde sich bei der Aufstellung seines Programms sehr eng an die Forderungen der Wirtschaftskreise anlehnen, die bekanntlich erst kürzlich sehr energisch verlangt haben, die öffentlichen Staatsausgaben in möglichst großem Umfang herabzusetzen, um durch entsprechende Sparmaßnahmen Steuererleichterungen für die deutsche Wirtschaft zu schaffen. Man darf

Die Wahrheit über die Marine

Der Flottenvorstoß hätte die Front entlastet

In der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses wurde

Admiral v. Trotha als Auskunftsperson vernommen.

v. Trotha wandte sich gegen die Vorlegungen des Abgeordneten Dittmann, daß die Mannschaften an Bord keinen vollen Urlaub bekämen. Die Vorwürfe müssen daher in dieser Angelegenheit zurückgewiesen werden und ebenso bezüglich der Härte der Strafen. Tatsächlich haben sich die Verletzungen im Kriege gegenüber der Friedenszeit vermindert. Unbrotmangel ist immer vorgekommen auf Schiffen, deren Besatzung in enger Beziehung mit der Not und mit dem politischen Streit der Zivilbevölkerung kam. Einen für und alle gangbaren Eindruck bekamen die Dinge aber mit dem Aufmarsch der Besatzung von Prinz Lustig. Es wurde die Anrede bekannt, die König an die Leute gehalten hatte und in der er erklärte: „Die Deutscherin hat uns eigentlich einen schlechten Streich gespielt, denn in 14 Tagen oder drei Wochen wollten wir zu einem großen Schlage ausziehen.“ Schon das allein ist Aufrührer. Ich komme nun auf den Flottenvorstoß.

Ich wurde Chef des Stabes, wenige Tage nachdem Admiral Scheer die Flotte übernommen hatte. Nicht lange nachher kam der Kaiser nach Wilhelmshaven, und dort entwickelte Admiral Scheer in einem Vortrag, wie er sich den Einsatz der Flotte denke. Er wollte durch zunächst kleine und dann immer weitergehende Vorstöße die Basis schaffen um später durch einheitliche große Unternehmungen bis zu einem Vorstoß an die englische Flotte zu kommen. Der Schluss des Vortrages war, daß der oberste Kriegsherr seine Zustimmung gab und nur zur Voraussetzung machte, daß wir einen Kampf mit der englischen Hauptmacht nur unter günstigen Bedingungen eingehen sollten. Unmöglich konnte vor jedem Kampfvorstoß erst im Großen Hauptquartier in Spa angefragt werden.

Die Besatzung war in schwerer Bedrängnis im Juristenschloß, Klabern und die Handelsflotte waren geräumt. Die

daher gespannt sein, ob sich die Absichten des Finanzministers bereits aus der Formulierung des Regierungsprogramms erkennen lassen.

Ein Regierungsentwurf zur Wahlrechtsreform

Aus gutunterrichteter Quelle hören wir, daß im Reichsinnenministerium für die Reform des Wahlrechts ein neuer Entwurf ausgearbeitet wird, für den die Vorarbeiten bereits geleistet werden. Die Regierung scheint zu beabsichtigen, das Wahlalter nur wenig heraufzusetzen, um die verfassungsmäßige Unterstützung der Parteien zu erlangen. Es wird wahrscheinlich das 21. Lebensjahr vorgeschlagen werden. In den Regierungskreisen begrüßt man besonders lebhaft die Schaffung der Möglichkeit von Nachwahlen in einzelnen Wahlkreisen, die von Fall zu Fall ein besonders wirksames Stimmungsbarometer für die Volkstimmung darstellen würde.

Kölns Räumung

Niederholung der englischen Flagge am 30. Januar.

Das Kölner Presseamt teilt mit, daß die britische Flagge am großen Hauptquartier am 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, eingeholt wird und damit gleichzeitig die

Front war im äußersten Ringen und auf ihrem rechten Flügel auf das äußerste gefährdet. Der Flottenvorstoß ging dahin, diesen rechten Flügel zu bedecken.

Mit dem Stören eines englischen Vorstoßes von der Küste aus konnte eine ganz gewaltige Entlastung unserer Front eintreten. Mit einem solchen Vorstoß wurde der ringenden Front geholfen und Tausenden der dort kämpfenden das Leben gerettet. Die Dispositionen des Feindes wurden damit über den Haufen geworfen und darauf kommt es im Kriege doch an. So hatten wir die Pflicht diesen Vorstoß in die feindlichen Verbindungswege hinein mit allen möglichen Mitteln zu betreiben. Ich kann keinen anderen Ausdruck finden, als daß sich noch niemals im Kriege ein so stark und sicher vorbereitetes Unternehmen hätte durchführen lassen.

Runmehr sagt der Sachverständige

General v. Kuhl

aus: Vom Standpunkt des Decrets aus muß ich diese Ausführungen ergänzen. Wenn ein Flottenvorstoß gekommen wäre, so wäre das für uns eine außerordentlich große Beruhigung und Entlastung gewesen. Die politische Lage wäre meiner Ansicht nach nicht verschlechtert worden, denn je mehr wir uns widerstandsfähig zeigten, um so schlechter wurden wir behandelt.

Hg. Brünninghaus

stellt fest, daß nach den Ausführungen des Admirals v. Trotha die Flotte noch nie so hart gewesen sei, als in dem Augenblick, an dem der Vorstoß geplant war. Es sei festgestellt worden, daß das

Rabinet des Prinzen Max damit einverstanden war, daß die Flotte entsprechend ihrem Charakter als Kampfmittel so eingesetzt werden sollte, wie es der Obersten Kriegsführung als richtig erschienen würde.

Sachverständiger Prof. Delbrück stellt sich auf den Standpunkt, es wäre besser gewesen, die ganze Flotte wäre in den Grund geschossen worden, als daß sie sich so ergeben habe, wie dies nachher geschah. Die nächste interne Sitzung findet morgen statt; eine neue öffentliche Sitzung voraussichtlich erst in 14 Tagen.

lehten britischen Truppen Köln verlassen. Nach diesem Vorgang ist jedoch Köln und die übrige erste Zone noch nicht als unbefestigtes Gebiet zu betrachten, so daß also die Ordonnanz der hohen interalliierten Rheinlandkommission vorläufig noch in Kraft bleiben. Der Zeitpunkt, von welchem Tage an die erste Zone und damit auch Köln als unbefestigtes Gebiet anzusehen sind, bestimmt der Ausschuß des Völkerrats in Paris.

Südtirols Italienisierung

Ein königliches Dekret vom 17. Januar, das jetzt veröffentlicht wurde, bestimmt, daß in den Elementarschulen der neuen italienischen Provinzen, die nicht vollständig italienisiert sind, kein Schüler in eine höhere Klasse versetzt werden kann, wenn er nicht ein Examen in der italienischen Sprache besteht.

Keine deutschen Stationsnamen mehr.

Wie die Innsbrucker Nachrichten melden, ist durch ein Dekret die deutsche Nennung der Eisenbahnstationen in Südtirol verboten und die sofortige Entfernung der deutschen Namenszeichen angeordnet worden. Das Ausrufen von deutschen Stationsnamen hat zu unterbleiben.

Die deutsche Handelsbilanz

Die finanziellen Nöte der deutschen Wirtschaft sind zum großen Teil auch auf die Passivität der deutschen Handelsbilanz zurückzuführen, die leider seit den letzten Jahren trotz großer Anstrengungen nicht beseitigt werden konnten. Im Dezember ist es endlich gelungen, eine Besserung der deutschen Handelsbilanz herbeizuführen, und zwar wird gemeldet, daß die Handelsbilanz zum ersten Male seit August 1924 aktiv gewesen sein soll. Der Ausfuhrüberschuß im Dezember betrug insgesamt 34 Millionen Mark, im freien Warenverkehr 36 Millionen Mark.

Aber diese Tatsache dürfte bedauerlicherweise nicht einmal ein Zeichen der Besserung sein, sondern sie ist eher eine Folge der katastrophalen Armut Deutschlands, das jetzt nicht mehr in der Lage ist, auf dem ausländischen Markt als Käufer aufzutreten. Es ist überdies zurzeit auch noch nicht zu übersehen, inwieweit etwa eine Verbesserung des deutschen Exportes nach dem Auslande eintreten kann, da noch immer die Ausfuhrmöglichkeiten sehr gering erscheinen. Nach der amtlichen Statistik beruht die Besserung der deutschen Handelsbilanz nicht auf der Steigerung des Exportes, sondern nur an der Abnahme der Einfuhr fremder Erzeugnisse nach Deutschland. Für das Gesamtjahr 1925 gestaltet sich die Handelsbilanz insofern recht ungünstig, als der Ueberseh der Einfuhr fremder Waren nach Deutschland gegenüber der Ausfuhr deutscher Waren nach dem Auslande sich auf rund 4,3 Milliarden Mark gestellt hat. Mit anderen Worten: das deutsche Volk hat 4,3 Milliarden Goldmark mehr an das Ausland gezahlt, als es im Gütertausch für seine eigenen Erzeugnisse eingenommen hat. Dieses erschreckende Mißverhältnis ist hauptsächlich dadurch entstanden, daß im vergangenen Jahre sehr viele ausländische Automobile in Deutschland angekauft worden sind. Auch an schlechten amerikanischen Filmen kommt noch so außerordentlich viel nach Deutschland herein, daß man sich nicht wundern darf, wenn Deutschland unter solchen Umständen eine ungünstige Handelsbilanz aufzuweisen hat.

Sehr nachteilig sind schließlich die vielen Auslandsreisen Deutscher nach Italien, das im letzten Sommer und Herbst sehr viele deutsche Staatsbürger beherbergt hat, die der italienischen Fremdenindustrie Hunderte von Millionen Goldmark eingebracht haben. In Zeiten wirtschaftlichen Aufstieges konnte man hieraus niemandem einen Vorwurf machen, aber es ist auf das entschiedenste zu tadeln, wenn ein derartiger Aufwand in Zeiten der Not und des allgemeinen Elends getrieben wird, ganz abgesehen davon, daß die gemeine Bedrückung der Südtiroler durch den Faschismus jeden anständigen Deutschen davon abhalten sollte, sein gutes Geld nach Italien zu schaffen. Besonders verwerflich ist die Epidemie der Italienreisen dadurch geworden, daß die deutschen Bäder und Kurorte gerade im letzten Sommer unter dem schwachen Besuch besonders schwer zu leiden hatten.

Was die Lebensmittelzufuhr nach Deutschland anlangt, so ist der Stand des Getreideimports durchaus normal. Sieht man von der Weizenzufuhr, die bedauerlicherweise sehr überhand genommen hat, ab, so würde sich daraus noch keine ungünstige Gestaltung der deutschen Handelsbilanz ergeben können. Nachdem man aber